

Stand: 10.05.2026 13:15:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6184

"Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6184 vom 17.04.2015
2. Mitteilung 17/6230 vom 22.04.2015



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Judith Gerlach, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Dr. Martin Huber, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**

### **Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund und bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ausgehend von der humanitären Verpflichtung zum Schutz der Bootsflüchtlinge, geleitet vom Grundsatz der Solidarität sowie der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und unter Wahrnehmung der migrationspolitischen Verantwortung Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Menschen auf See ihr Leben verlieren.

Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Der Dialog mit den Transitländern und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ist zu intensivieren. Hierzu gehören auch verstärkte Grenzschutzkooperationen der EU mit Staaten Nordafrikas (z.B. Tunesien oder Ägypten). Eine solche Zusammenarbeit böte die Chance, lebensgefährliche Überfahrten in häufig überfüllten und nicht seetüchtigen Booten von vornherein zu verhindern und den Schleusern die Grundlage für ihre kriminellen Machenschaften zu entziehen.
- Die Grenzüberwachung ist zu verstärken, um zum einen für ein genaueres Lagebild auf See zu sorgen und zum anderen schnell zum Schutz und zur Rettung der Leben von Flüchtlingen in Seenot beizutragen. Die Ressourcen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind hierfür aufzustocken und deren Rettungsaufgaben weiter auszubauen. Seit dem Beginn der Frontex-Operation Triton im November 2014 wurden insgesamt fast 25.000 Menschenleben gerettet, fast 8.000 unter Beteiligung von durch Frontex finanzierten Kräften. Dies unterstreicht, dass die Agentur die EU-Mitgliedstaaten nicht nur beim Schutz der Außengrenzen, sondern auch bei der Seenotrettung erfolgreich unterstützen kann. Die Finanzierung muss kostenneutral durch Umschichtung bereits vorhandener EU-Haushaltsmittel erfolgen.

- Gegen die menschenverachtenden Schlepperbanden muss in Zukunft unter Koordination der EU noch schärfer vorgegangen werden.
- Durch eine gemeinsame europäische Entwicklungshilfepolitik müssen die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern deutlich verbessert werden.

### **Begründung:**

Eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik muss die Verpflichtung, die EU-Grenzen zu sichern und damit illegale Migration in die EU zu verhindern, mit der humanitären Verpflichtung, den an den Grenzen in Seenot geratenen Menschen zu helfen, in Einklang bringen. Die Beschränkung auf Seenotrettung wäre geradezu eine Einladung an Schlepper, Menschen in unsichere Boote zu setzen. Internationale Schlepperbanden betreiben ihr menschenverachtendes Geschäft, mit dem Milliarden umgesetzt werden, ohne Rücksicht auf Menschenleben. Immer mehr Menschen werden in dieser Erwartung auch immer größere Risiken in Kauf nehmen, um in die Europäische Union zu gelangen. Daher bedarf es eines umfassenden Ansatzes, der schnell umgesetzt werden muss, ohne langwierig neue Strukturen zu schaffen. Hierzu bietet sich eine Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex nicht nur im Bereich Grenzüberwachung, sondern vor allem auch bei deren Rettungsaufgaben an. Aber auch weitere Maßnahmen, u.a. im Bereich der Entwicklungspolitik, sind erforderlich, um zu verhindern, dass Menschen sich überhaupt auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer begeben.



## **Mitteilung**

**Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,  
Judith Gerlach u.a. CSU**

Drs. 17/6184

**Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen,  
humanitäre Verpflichtung erfüllen**

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/6184 wurde zurückgezo-  
gen.

Landtagsamt